



In Matthäus 25,31–46 schildert Jesus sehr genau und anschaulich die Kriterien, nach denen seine Jünger letztlich gemessen werden. Am Ende wird es darauf ankommen, wie sie mit denen umgegangen sind, die Hilfe brauchen, also mit den Hungrigen und Durstigen, mit den Ausgegrenzten und Einsamen. „Was ihr einem von diesen Geringssten getan habt, das habt ihr mir getan“, heißt es in Matthäus 25,40. Folglich wurde in den ersten Gemeinden der gemeinsame Besitz nach dem jeweiligen Bedarf verteilt. Die ersten Diakone – die sog. Armenpfleger – wurden eingesetzt, um für die Witwen zu sorgen, denn auch schon damals war Armut vor allem weiblich. Diakonie, ob nun vor Ort oder weltweit, gehört also untrennbar zur Kirche dazu, ist eine ihrer Wesensäußerungen. Darf sich eine Kirche, die dort zuerst kürzt, noch mit Recht auf die Botschaft Jesu berufen?

Partizipation und Ermächtigung

Ein dritter Grundsatz, der sich für mich aus dem Leben Jesu ergibt, ist der der Partizipation und Ermächtigung.

Jesus hat die Nöte von Frauen und Männern ernst genommen. Er hat die, die übersehen wurden, sichtbar gemacht. Die ausgegrenzt waren, hat er in die Mitte gestellt. Die Niedrigen hat er erhöht, und die vermeintliche Macht der Großen hat er – sehr zu deren Ärger – in Frage gestellt. Gleichwer-

tigkeit der Menschen, Demokratie und Partizipation sind also etwas zutiefst Christliches. Folglich muss auch Kirche in allen ihren Entscheidungen, auch im Umgang mit Geld, sich darum bemühen, die Entscheidungsprozesse möglichst partizipativ, demokratisch und transparent zu machen. Davon ist die Realität oft noch weit entfernt. Oftmals steht dem schon die nicht repräsentative Zusammensetzung vieler Gremien im Wege. Kann eine Synode, die von Hauptamtlichen dominiert wird, die Interessen der Ehrenamtlichen im Blick haben? Kann ein Kirchenvorstand, in dem kein Arbeitsloser vertreten ist, angemessen über Arbeitslosigkeit in der Gemeinde reden? Kann ein Finanzausschuss der zu 90 % aus Männern besteht, die Perspektive der Frauen ausreichend berücksichtigen?

Ich bin überzeugt, dass eine Kirche, die nach ethischen und theologischen Grundsätzen über die Verwendung und Anlage ihres Geldes entscheidet und diese Entscheidungsprozesse möglichst partizipativ und transparent gestaltet, nicht nur zufriedener und engagiertere Mitarbeiter/innen haben wird. Sie wird auch an Ausstrahlung gewinnen, weil ihre Glaubwürdigkeit wächst. Eine solche Kirche wird sich als zukunftsfähig erweisen.

Ruth Gütter

Pfarrerin und Beauftragte für kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev. Kirche von Kurhessen-Waldeck

Giselher Hickel

Plädoyer für ein Höchsteinkommen

Ich will mich auf einen einzigen Punkt beschränken: Ich schlage den kirchlichen Arbeitgebern vor, für Mitarbeiter/innen im kirchlichen Dienst ein Höchsteinkommen einzuführen und für ein solches in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes und in der privaten Wirtschaft mit Nachdruck einzutreten.

Ich kann mir eine Menge Argumente vorstellen, die Gegner dieses Vorschlages ins Feld führen werden. Schwerer wiegen aus meiner Sicht die folgenden Gründe dafür.

Maßstäbe nach oben und nach unten

Der Wille zu einem solchen Beschluss würde eine Diskussion auf verschiedenen Ebenen voraussetzen, über wie viel Geld man eigentlich verfügen muss, um gut und unbekümmert zu leben. Im gegenwärtigen Armuts-Diskurs spielt die Definition einer unteren Einkommensgrenze eine wichtige Rolle. Dem ist nicht zu widersprechen. Allerdings wird der Wert der Fixierung eines solchen Minimums dadurch relativiert, dass die Mehrheit der Menschheit unterhalb jedweder annehmbaren



Armutsgrenze existiert, z. T. unbegreiflich weit darunter. Mit der Festlegung eines unteren Limits ist also nicht die unbedingte Erwartung seiner allgemeinen Geltung verbunden. Aber die Zielangabe ist wichtig: Es gilt, darauf hinzuarbeiten, dass diese Linie in Zukunft nicht unterschritten wird. Gleichzeitig ist sie ein Hilfsmittel zur Analyse und Urteilsfindung: Wo Zustände hingenommen werden, in denen sich die Einkünfte einer Bevölkerungsgruppe unterhalb dieser Norm bewegt, hat die Gesellschaft versagt.

Ebenso nötig wie die Aussage, wo Armut beginnt, wäre es allerdings auch, zu definieren, wo Überfluss anfängt. Überschreitungen wären mit Sicherheit zu beklagen, aber ein Maßstab wäre gesetzt und soziale Defekte würden deutlich signalisiert werden.

Niemand behauptet, es sei nicht möglich, eine solche Grenze festzulegen. In unterschiedlichen Behörden, Gerichten und parlamentarischen Gremien gehört es zur täglichen Praxis, ein zumutbares Existenzminimum zu beziffern. Es gibt also Berechnungsgrundlagen für das, was zum Leben in Würde nötig ist – was wenigstens nötig ist. Was höchstens verträglich ist, sollte ebenso berechenbar sein. Jede Logik spricht dafür.

Natürlich bedürfte es entsprechender wissenschaftlicher Erörterungen sowie einer gründlichen öffentlichen Reflexion und Diskussion. Ich stelle mir diesen Prozess sehr anregend vor.

Pastorat für die Reichen

Ein weiterer Grund für einen solchen Vorstoß der Kirchen ist die Wahrnehmung ihrer pastoralen Verantwortung für diejenigen, die aus eigenem Antrieb oder durch die Einbindung in lebensfeindliche Strukturen die gebotene Norm überschreiten. Gefährdet ist keineswegs nur das Leben derer, denen der ihnen zustehende Teil an „Lebensmitteln“ verweigert wird. Ebenso beeinträchtigt ist die menschliche Würde derjenigen, die bei der persönlichen Aneignung ihres Anteils am gesellschaftlichen Reichtum notorisch über das Ziel hinauschießen. Es besteht kein Zweifel: Was auf der einen Seite gehäuft, wird auf der anderen gemindert; hier erbeutet, dort entzogen. Die Enteignung per Gewinnstreben zerstört Leben, lokal ebenso wie global. Sie stürzt auch die Gewinner ins Unglück und verstrickt sie in Sünde. Auf der Einkommensskala sollte der Bereich markiert werden, in dem Einkünfte anfangen, einen asozialen Charak-

ter anzunehmen. Das ist die Voraussetzung dafür, dass Schuld begreifbar und benennbar wird. Heilendes Handeln der Kirche muss sich den Opfern zuwenden, ohne den Tätern das richtende und nur als solches, so Gott will, rettende Urteil vorzuenthalten.

Das Allerheiligste

Man muss nicht weissagen, um vorauszusehen, dass eine derartige Initiative, so sie nachdrücklich und in der Öffentlichkeit vorgetragen würde, heftige Abwehrreaktionen nach sich zöge. Erfahrungen in der Lutherischen Kirche in Schweden bestätigen das.

Das hängt damit zusammen, dass es sich um ein Sakrileg gegen das Allerheiligste der Marktreligion handelte, gegen das Fundamentaldogma vom unbegrenzten Wachstum. Eine Begrenzung des Einkommens oder Gewinnes aus „sachfremden“, nämlich ausschließlich sozialen, Gründen wäre von den Hütern der neoliberalen Orthodoxie nicht hinnehmbar. Zu verletzbar ist der Glaube daran, dass Wachstum Heil bedeutet, dass Völker und Lebenswelten diesem Dogma geopfert werden dürfen, dass Kriege zur Verteidigung seiner Gültigkeit geführt werden müssen. Der nahe liegende Gedanke, dass das der biblischen Lebens- und Bundesordnung zugrunde liegende Genug in einer kirchlicherseits empfohlenen und praktizierten Einkommensbegrenzung Ausdruck findet, wäre eine nützliche Provokation. Die Fixierung einer oberen Linie, bis zu der davon geredet werden kann, dass Bedürfnisse abgedeckt werden, die als heilsam gelten können, würde die Krankheitsherde in unserer Gesellschaft sichtbar machen. Es wäre ein Akt der Entdämonisierung.

Für eine andere Blickrichtung

Schließlich würde ein solcher Schritt dazu führen, die Blickrichtung unserer sozialen Debatten zu korrigieren. Die Armen unter uns haben in der Tat viele Probleme, aber sie sind nicht das Problem. Das gilt für die lästigen Armutsgestalten auf den Bahnhöfen und vor den Supermärkten der reichen Welt ebenso wie für die den Natur-, Kriegs- und Wirtschaftskatastrophen schutzlos ausgelieferten Bevölkerungen des Südens. Nicht sie bedrohen die Sicherheit unserer Städte und den Frieden zwischen den Völkern. Es sind vielmehr die Verteidiger der nach oben offenen Einkommens- und Gewinnskala, die das Zusammenleben vergiften.

Heilendes Handeln der Kirche muss sich den Opfern zuwenden, ohne den Tätern das richtende und nur als solches, so Gott will, rettende Urteil vorzuenthalten.

Die Deutsche Bank und der 25%-Kapitalismus

Auszug aus einer Rede vor der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt, Juni 2006.

- Sehr geehrte Gastgeber und Gäste dieser Hauptversammlung,
- 1960 hatten die 20 reichsten Länder 30-mal soviel an Vermögen als die 20 ärmsten Länder, 2002 war es bereits das 74-fache.
 - die rund 350 reichsten Haushalte der Welt haben dasselbe Jahreseinkommen wie die gesamte arme Hälfte der Weltbevölkerung.
 - 1990 betrug das Verhältnis der Einkommen aus Geldvermögen in Deutschland zu den Einkommen aus Arbeit und Sachvermögen rund 1:5, 1995, in nur 5 Jahren, hat sich diese Relation bereits auf 1:4 zugunsten des Kapitals verschoben.

In diesen abstrakten Zahlen steckt Sprengstoff, der den Graben zwischen Arm und Reich bis in die Mitte unserer Gesellschaft hinein aufreißt. Die Zahlen belegen, dass die Einkommen aus Kapital zu Lasten der Einkommen aus Arbeit und Sachvermögen enorm zugenommen haben. Das hat seine Logik, denn der Zinsmechanismus sorgt dafür, dass die Kapitaleite des Einkommens selbst in Phasen der Rezession oder Stagnation immer weiter wächst. Warum sollten Unternehmer ihr Kapital in Arbeitsplätze und Arbeit investieren, wenn diese Arbeit sich immer weniger lohnt? Da geht man doch lieber gleich zur Deutschen Bank, kauft sich Aktien und erhält dafür 25 % Rendite. Das haben Sie, Herr Ackermann, im vorigen Jahr den Aktionärinnen und Aktionären so versprochen, und wie es scheint, jetzt gehalten.

Ich denke bei diesen Zahlen an die vielen tausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Sie, Herr Ackermann, in den letzten Jahren auf die Straße gesetzt haben, um Kosten zu senken und Gewinne zu steigern, bis zu jenen für meine Begriffe schamlosen 25 % auf das Eigenkapital. Ich denke aber auch an die noch in Ihrem Betrieb tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mehr oder weniger deutlich die Drohung der Keule Kündigung zu spüren bekommen.

Laut Untersuchungen des Instituts für Konflikt- und Gewaltforschung an der Uni Bielefeld hat die Integrationsqualität unserer Gesellschaft (Solidarität, Fairness und Gerechtigkeit) in den Jahren 2002 bis 2005 deutlich abgenommen, während die Desintegrationsgefahren (Angst vor Arbeitslosigkeit, sozialem Abstieg und Absenkung des Lebensstandards, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) merkbar zugenommen haben. Ihr ehemaliger Vorstandssprecher, Alfred Herrhausen, hat es so formuliert: „An dem Tag, an dem die Manager vergessen, dass eine Unternehmung nicht weiter bestehen kann, wenn die (menschliche) Gesellschaft ihre Nützlichkeit nicht mehr empfindet oder ihr (Geschäfts-)Gebaren als unmoralisch betrachtet, wird die Unternehmung zu sterben beginnen.“

Ich danke Ihnen, dass Sie mir zugehört haben.



Christoph Rinneberg
Mitglied der Initiative
Ordensleute für den
Frieden

Ohne den Zorn gegen die Reichen ist die Liebe zu den Armen unaufrichtig.

Ich maße mir nicht an, nach laienhaftem Gutdünken einen Betrag zu nennen, der die Obergrenze bilden müsste. Ich überschaue auch nicht, ob der eine oder die andere in der kirchlichen Hierarchie gegebenenfalls mit einer Kürzung der Bezüge rechnen müsste. Wenn nicht – umso besser. In dem kleinen ökumenischen Haus und Verein, in dem ich engagiert bin, versuchen wir, wenn es um Lohn geht, zögernd danach zu fragen, was der oder die Einzelne braucht, nicht zuerst, was er oder sie verdient. Das ist ein Anfang, mühsam genug.

Was ich im Sinn habe, ist nicht ein kleinkariertes Erbsenzählen. In vielen Dokumenten und Erklärungen haben wir uns zu der Einsicht bekannt, dass das exponentielle Wachstum der Wirtschaft und insbesondere der Kapitalrenditen ins sichere Verderben führt. Das krebstartige Wuchern der Märkte würde auf ein erträgliches Maß des Leistungszuwachses zurückfallen, wenn niemand mehr Recht und Gelegenheit hätte, sich maßlose Profite anzueignen. Ich wünsche mir, dass Kirche an diesem Punkt ein prophetisches Zeugnis wagt – gegen den Reichtum, um der Armen willen!



Giselher Hicckel

ist als Theologe ehrenamtlich im Hendrik-Kraemer-Haus und der Niederländischen Ökumenischen Gemeinde Berlin tätig. Er hat eine Anstellung als Friedhofsarbeiter.